



BAHNLÄRM-
INITIATIVE
BREMEN

Walter Ruffler
Roonstraße 73
28203 Bremen

Tel/Fax 0421- 7 44 21
walterruffler@aol.com

Bremen, 17.01.2012

Planfeststellungsbeschluss zu Gleis 1 - Stellungnahme der Bahlärm-Initiative Bremen:

Bremen muss Verantwortung übernehmen! Die Stadtgemeinde muss klagen!

Zwei Tage vor Weihnachten wurde der Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahnbundesamtes (EBA) zum Ausbau von Gleis 1 zugestellt. Ziel der geplanten Baumaßnahmen ist eine "Ertüchtigung" des Bahnhofs Bremen, so dass statt bislang 218 Güterzüge pro Tag ab 2015 bis zu 280 Güterzüge täglich durchrollen können. Schon jetzt ist die Belastung durch Lärm und Erschütterungen schwer erträglich, da das rollende Material größtenteils veraltet und nicht auf dem Stand der Technik ist. 30% mehr alte Güterwagen bedeuten weitere Einschränkungen der Lebensqualität, Gefährdung der Gesundheit und Wertverlust der Immobilien längs der Bahnstrecke. Die von der Bahn vorgesehenen Schutzmaßnahmen sind völlig unzureichend. Die weitergehenden Forderungen von 157 privaten Einwendern und von Trägern öffentlicher Belange wurden vom EBA abgelehnt oder nicht beachtet.

Deswegen fordern wir:

- 1 Wenn es politisches Ziel der Stadtgemeinde ist, mehr Güter auf der Schiene zu transportieren, dann muss sie auch für den Schutz ihrer Bürger einstehen, und zwar auf der ganzen Strecke, von Huchting bis Hemelingen, von Hemelingen bis Bremen-Nord.

Einer Expertise des Umweltressorts zufolge, die von der Deputation verabschiedet wurde, sind bereits jetzt in Bremen 180.000 Bürger vom Bahlärm betroffen.

Die Stadtgemeinde hat viele hundert Millionen in den Ausbau der Häfen gesteckt, damit größere Gütermengen umgeschlagen werden können. Mehr Güterumschlag bedeutet mehr Verkehr und mehr Lärm und Erschütterungen. Für rund 8 Millionen Euro will der Häfensenator die Hafenbahn in Bremerhaven ausbauen, damit mehr Güterzüge auf das Netz der Deutschen Bahn gelangen können. Beschäftigung und Standortpflege ist das eine, aber Wohn- und Lebensqualität das andere! Der Senat ist in einer Gesamtverantwortung für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

- 2 Wir erwarten, dass die Stadt gegen die unzureichenden Schutz-Maßnahmen der Deutschen Bahn klagt.

Die Stadt ist klageberechtigt, denn neben den Einwendungen der Privatpersonen wurden auch die Einwendungen von den Beiräten Mitte und Schwachhausen, vom Gesundheitsamt sowie vom Umweltressort, Fachbereich 2, abgewiesen.

- 3 Wir fordern Maßnahmen zur Lärmvermeidung an der Quelle: Modernisierung des rollenden Materials, Lärmsanierung der Altgüterwagen und Lokomotiven und eine gute Gleispflege. Davon haben alle etwas.

Lärm hängt ab von der Qualität des rollenden Materials. Kein Lkw mit dem Baujahr vieler Güterwagen dürfte noch durch die Stadt fahren! Die Maßnahmen wären innerhalb von 5 Jahren zu realisieren. Dass es geht, beweist die BLG mit ihren modernen Autotransportwaggons, die gut 10 Dezibel leiser sind als alte Güterwagen.

- 4 Als Sofortmaßnahme fordern wir ein Tempolimit von 30 km/h für laute Güterzüge in Bremen und Bremerhaven. Schluss mit dem Tempo-Privileg der Bahn.

Lärm hängt auch ab von der Geschwindigkeit. Kein Laster darf mit 100 km/h durch geschlossene Ortschaften brettern, Güterzüge dürfen das.

- 5 Die Bahn muss einen realistisch ermittelten Lärm zur Grundlage ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Lärmschutzmaßnahmen machen. Der "Schienenbonus" muss fallen.

Zur Zeit wird Bahnlärm schöngerechnet, indem von den tatsächlich ermittelten Werten 5 Dezibel abgezogen werden, der sogenannte Schienenbonus.

- 6 Wir fordern Erschütterungsschutz an den Strecken und Entdröhnung der Brücken im Stadtgebiet.

Die Bahn will lediglich im engen Bereich der Baumaßnahme "besohlte Schwellen" einbauen - doch die Züge fahren weiter bis zum Stadtrand.

- 7 Alle Bürger müssen das Recht haben, ihre nicht realisierten Ansprüche auf Lärmschutzfenster aus dem Sanierungsprogramm 2002 nachträglich einzufordern.

Die Bahn will diese Ansprüche begrenzen auf Anwohner der Roon- und Manteuffelstraße, die im Verfahren zu Gleis 1 Einwendungen gemacht haben.

- 8 Beim Transport von Gefahrgütern muss die Sicherheit gewährleistet sein.

Anwohner prüfen eine Klage. Das ist nicht leicht, denn Klagen ist teuer und riskant. Aber es wäre hochgradig unfair, wenn die Stadtgemeinde all diese Forderungen, die vom Eisenbahnbundesamt abgelehnt wurden, zur reinen Privatsache von uns Anwohnern macht und sich so aus ihrer Verantwortung stehlen würde.

Eine Klage der Stadtgemeinde für besseren Schutz gegen Bahnlärm und Erschütterungen wäre ein Zeichen der Solidarität mit uns Bürgern. Das erwarten wir.

Für die Bahnlärm-Initiative Bremen

Walter Ruffler Günter Knebel Rainer Böhle